

Pressemitteilung

Heidelberg, 17.11.2022

Neues Aktionsbündnis „für Heizung, Brot und Frieden“ in Heidelberg gegründet

gegen Krieg und Aufrüstung, für eine soziale, solidarische, friedensfördernde und ökologische Zeitenwende

In den letzten Wochen haben sich Aktive aus der Friedens- und Solidaritätsbewegung, aus Gewerkschaften, Kommunalpolitik und anderen Zusammenhängen zu einem breiten Bündnis zusammengefunden, um sich angesichts des eskalierenden Krieges in der Ukraine, steigender Lebenshaltungskosten, explodierender Energiepreise und drohender Wirtschaftskrise hier, sowie Versorgungsengpässe und wachsender Armut weltweit, für einen Kurswechsel zu engagieren – für eine soziale, solidarische, friedensfördernde und ökologische Zeitenwende.

Unter dem Motto „Für Heizung, Brot und Frieden“ lädt es jeden Montag ab 18 Uhr zu einer Kundgebung mit Infostand ein. Zudem ruft es zu einer Kundgebung am Samstag den 19. November von 12 bis 14 Uhr auf – jeweils in der Theaterstraße, Ecke Hauptstraße.

Das Bündnis fordert – ungeachtet aller Empörung über den russischen Einmarsch in die Ukraine – endlich ernsthafte Anstrengungen der Bundesregierung und der EU, diesen Krieg durch Aufnahme von Verhandlungen zu stoppen. Es wendet sich entschieden gegen die Lieferung von immer mehr und schwereren Waffen, da diese nur den Krieg auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung verlängern und die Gefahr einer Eskalation in einen größeren Krieg stetig erhöht, bei dem sich Atommächte gegenüberstehen würden.

Die Aktiven des Bündnisses sind überzeugt, dass Sicherheit für uns Menschen nicht durch Hochrüstung und militärische Interventionen erreicht werden kann, sondern nur durch eine gerechte Politik und nachhaltiges Handeln, durch Zusammenarbeit statt Konfrontation. Sie protestieren daher entschieden dagegen, ungeheure Summen in die weitere Hochrüstung zu stecken und verlangen dieses Geld stattdessen in soziale Absicherung, Gesundheit, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz zu investieren.

Das Bündnis setzt sich für einen effektiven Schutz der Menschen mit geringerem Einkommen vor den Folgen der drastischen Preissteigerungen, vor allem bei Öl, Gas und Strom ein und für die zügige Anpassung von Löhnen und Gehältern an die Inflation, zzgl. sonstiger gerechtfertigter Forderungen der Gewerkschaften. Krisengewinne sollen dafür besteuert werden.

Gleichzeitig wendet es sich auch gegen die Ursachen von Lieferengpässen, Inflation und wachsender Wirtschaftskrise und fordert die Bundesregierung und ihre Verbündeten auf, die gegen Russland verhängten, umfassenden Wirtschaftsblockaden, die hauptsächlich dafür verantwortlich sind, umgehend zu beenden. Da letztlich auch die Spekulationen mit knappen Rohstoffen wie Öl und Gas auf liberalisierten Märkten für die drastischen Preissteigerungen verantwortlich sind, will sich das Bündnis auch dafür einsetzen, die Energiewirtschaft in die öffentliche Hand zu überführen.

Die montäglichen Mahnwachen sind der Auftakt für vielfältige Aktivitäten und sollen auch zum Austausch untereinander und als Anlaufstelle für neue Interessierte dienen.

Nächste Termine:

- Sa. 19.11. Kundgebung 12.00 - 14.00 Uhr, Theaterstraße, Ecke Hauptstraße
- Mo. 21.11. Kundgebung 18.00 - 19.30 Uhr Theaterstraße, Ecke Hauptstraße